

Pressemitteilung 29/2025

Halle (Saale), den 25. September 2025

Finanzpolitik schiebt nächstes Jahr auch im Osten die Konjunktur

Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2025 für die ostdeutsche Wirtschaft

Im Jahr 2025 dürfte die Wirtschaft in Ostdeutschland wie in Deutschland insgesamt kaum mehr als stagnieren. Im kommenden Jahr stimulieren finanzpolitische Impulse die Konjunktur. Deren Effekte dürften allerdings etwas schwächer ausfallen als in Deutschland insgesamt. Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) rechnet damit, dass die Expansionsrate der ostdeutschen Wirtschaft für das Jahr 2025 mit 0,3% leicht höher liegt als in Deutschland insgesamt (0,2%). In den beiden Folgejahren wird sie auf 1,1% respektive 1,2% anziehen, etwas weniger deutlich als im Westen.

Sperrfrist:

25. September 2025, 11:00 Uhr

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker

Tel +49 345 7753 765 und -720

presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner

Oliver Holtemöller

oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Politische Ressorts

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern (BMI), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter

Arbeitsmarkt, Bruttoinlandsprodukt, Demographie, Dienstleistungen, Konjunktur, Konvergenz, Ostdeutschland, Ost-West-Vergleich, Produktion, Prognose

Aktueller Bezug

halbjährliches Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag der Bundesregierung

Leibniz-Institut für

Wirtschaftsforschung Halle e. V. (IWH)

Tel +49 345 7753 60

Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8

D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61

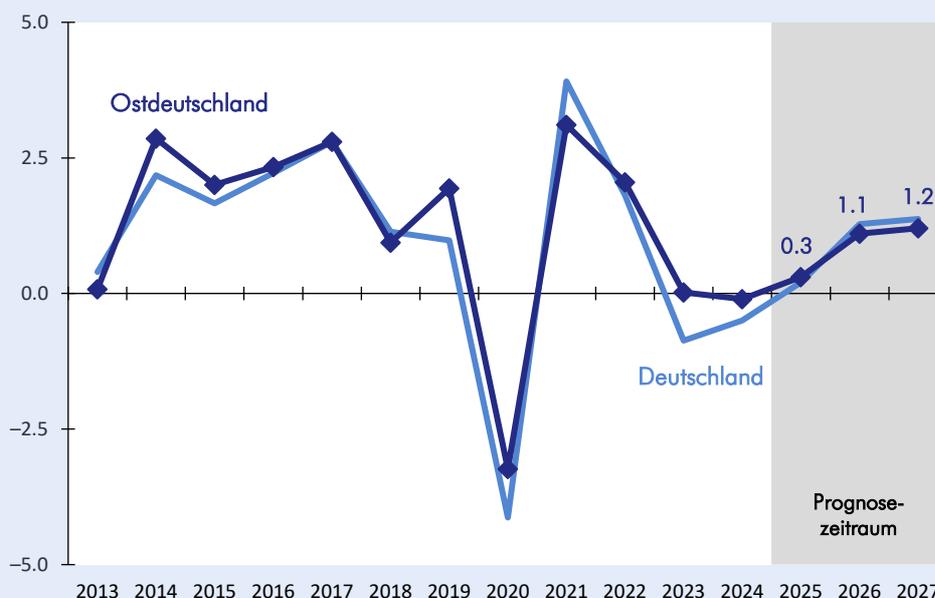
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Abbildung

Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und ab 2025 Prognose der Institute.

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose konstatiert in ihrem [Herbstgutachten](#), dass die deutsche Wirtschaft in den kommenden zwei Jahren durch die finanzpolitischen Impulse stimuliert wird. Während die Dienstleistungsbereiche, insbesondere im öffentlichen Sektor, weiterhin kräftig zulegen, kommt es im Verarbeitenden Gewerbe und beim Bau zu einer verhaltenen Erholung. Dieses Konjunkturbild gilt auch für Ostdeutschland. Allerdings fällt die Erholung hier etwas schwächer aus, denn das Verarbeitende Gewerbe spielt eine geringere Rolle als im Westen. Der gegenüber den westdeutschen Verhältnissen etwas höhere Anteil der ostdeutschen Bauwirtschaft an der Wertschöpfung fällt demgegenüber schwächer ins Gewicht.

„Insgesamt unterscheidet sich die Wachstumsdynamik zwischen Ost und West aber kaum“, sagt Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident am IWH. Nachdem die amtliche Statistik im März das Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands für die vergangenen Jahre nach unten korrigiert hat, zeigt sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft in den vergangenen zehn Jahren nur deshalb etwas schneller gewachsen ist als die deutsche insgesamt, weil in Berlin die Dienstleistungen stark zulegen. So hat die ostdeutsche Produktion nach jüngsten Zahlen der Statistischen Landesämter vor allem dank der Berliner Wirtschaft im ersten Halbjahr 2025 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um einen halben Prozentpunkt expandiert, während sie in Deutschland insgesamt stagnierte. Insgesamt wird aber das Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft von dem demographisch bedingten Schwund an Arbeitskräften gebremst. So lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zuletzt (Juni) in Ostdeutschland um 0,4% unter Vorjahresniveau, während sie im Westen um 0,2% darüberlag.

Im Jahr 2025 dürfte die Expansionsrate der ostdeutschen Wirtschaft mit 0,3% leicht höher liegen als in Deutschland insgesamt (0,2%). In den Jahren 2026 und 2027 wird sie auf 1,1% respektive 1,2% anziehen und damit etwas weniger deutlich als im Westen (vgl. Abbildung). Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2025 7,8% betragen in den beiden Folgejahren auf 7,6% beziehungsweise 7,1% zurückgehen.

Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2025:

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: [Expansive Finanzpolitik kaschiert Wachstumsschwäche](#). Berlin, September 2025.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 765 und -720
presse@iwh-halle.de

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)
Tel +49 345 7753 60
www.iwh-halle.de



Das IWH auf [Bluesky](#)



Das IWH auf [LinkedIn](#)



Das IWH auf [Facebook](#)

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.